

# Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig  
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C  
Fernruf 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaletete Kleinzeile 6 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einfindung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 22

Sonnabend, den 3. Juni 1922

26. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streik-, Zuzug fernhalten“, in jedem Fall Erfindungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

**Zuzug fernhalten:** „Gesperret“, „Streik“, „Zuzug fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperrung geschildert wird.

### Gesperret:

In Bremen die Grabsteingeschäfte: Berger und Traupe, E. Niesel, Kurt Winter, Ermischeel, Eggert, Fr. Wachsmuth, Wecht u. Co. In Lauterbach Bildhauer Joh. Kessler u. Söhne. In Lützenberg (Schlef.) Firma Robert Ende. Samtliche Betriebe in Oldenburg. In Grimma das Grabsteingeschäft Goede und Schille. In Herbede der Betrieb Buchmayer. In Jena die Grabsteingeschäfte von Gert und Weher.

### Streik:

In Froburg wegen Nichtanerkennung des Bezirksrates. In Bremen (Sandstein- bzw. Werksteinbearbeitung). In Taubenheim (Oberlausnitzer Granitwerke, vormals Viktor Schleicher). In Dortmund (Grabsteinbetriebe).

### Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streik von Bürgstadt (Betrieb Firma Holzmann). Von Steinmehlen nach Essen (Grabsteingeschäfte).

### Erledigte Bewegungen.

Essen. Der Stundenlohn für Steinmetzen und Marmorarbeiter wurde bis zum 1. Juni auf 28 M. erhöht.

Dortmund. Der Stundenlohn für Steinmetzen wurde auf 33 M., für Marmorarbeiter vom 16. Mai an auf 28 M. und vom 1. Juni an auf 30 M. festgesetzt. — In den Grabsteinbetrieben stehen die Kollegen seit Montag, dem 22. Mai, im Streik.

## Vom Verbandstag.

### II.

Der Redakteur Siebold weist in seinem mündlichen Bericht darauf hin, daß die ungeheure Preissteigerung des Papiers und der Druckkosten es auf lange Zeit unmöglich mache, die Verbandszeitung zu erweitern, um den Mitgliedern mehr bieten zu können, denn jetzt ist es unmöglich, sie eingehend genug über alle geschäftlichen Neuerungen und Änderungen in der Sozialpolitik und der sonstigen Gesetzgebung auf dem laufenden zu halten.

Die Misere im Zeitungsweesen, wie überhaupt in der Herstellung von Drucksachen für die Agitation usw., ist eine direkte kulturelle Gefahr besonders für die Arbeiterbewegung, und es bedarf großer Opfer, wenn die Arbeiter ihre politischen und auch ihre gewerkschaftsblättern weiter erhalten lassen. Eine weitere Einschränkung des „Steinarbeiter“ auf weniger als 4 Seiten oder etwa mit zweiwöchentlichem Herausgabe kann nicht in Frage kommen. Obgleich dem Redakteur als Verbandsmitglied die ungeheuren Ausgaben für den „Steinarbeiter“ durchaus nicht gleichgültig sind, er ab, eine Einschränkung, wie angedeutet, in den Kreis der Betrachtung zu ziehen.

Der „Steinarbeiter“ ist in heutiger Zeit das einzige Agitationsmittel. Denn Flugblätter fehlen ganz. Die Angestellten des Verbandes, besonders die Gauleiter, können infolge der Lohnfragen, die natürlich immer zuerst geregelt werden müssen, nicht mehr so aufklärend in den Versammlungen wirken, wie früher bei stabilen Wirtschaftsverhältnissen. Bleibt nur die Verbandszeitung, und nun diese weiter einzuschränken, geht im Hinblick auf unsere gewerkschaftlichen Schulungs- und Aufklärungsarbeiten nicht gut an. Den „Steinarbeiter“ inhaltlich auszugestalten, sei immer sein Bestreben, und das wird auch bei der neu zu wählenden Redaktion so sein müssen. Das scheinen auch die Verbandsmitglieder für die zurückliegende Berichtszeit anzuerkennen, denn es ist im Gegensatz zu früheren Verbandstagen kein solcher Antrag gestellt, das erfüllt mit Genugung.

Unter den Schriftführern und Mitarbeitern aus Kollegenkreisen habe er Freunde, aber auch solche, die der Redaktion durchaus nicht grün sind, sie sind es deshalb geworden, weil an ihren Berichten korrigiert und gestrichen wurde. Streichen mußte der Redakteur manches Persönliche, gestrichen habe er stets, wenn ein Schriftführer so von hintenherum seine politische Meinung in seinen Bericht einschmuggeln wollte. Einige andere glauben mit recht klugen und plumpen Worten ihre Ansichten zu vertreten. Allzu kluges muß schon im Ansehen der Bewegung herausbleiben. Man kann trotz aller Schärfe immer noch sachlich bleiben. Mit dieser Redaktionstätigkeit ekt man natürlich am meisten an. Das würde jedem Kollegen so gehen, der mit der Redaktionsarbeit betraut wird, er mag heißen, wie er will, und er mag zum wirtschaftlichen und politischen Betriebe stehen, wo er will, das ändert so die Berufsbegeisterung eines Redakteurs, die dieser mit in Kauf nehmen muß.

Die Tätigkeit als Redakteur fasse er durchaus nicht so auf, nun den Verbandsmitgliedern in Kraftworten und schon gedrehten Revolutionsphrasen etwas vorzutragen, woran sie sich herausuchen und begeistern sollen, doch dessen Verwirklichung noch in weiter Ferne liegt. Der Redakteur muß zum mindesten selbst von der Verwirklichung dessen überzeugt sein, was er schreibt. Eine andere Methode lehne er ab.

Direkte Beschwerden, gegen seine Art zu schreiben, sind während der verflohenen 2 Jahre beim Vorstand und bei der Prekominmission nicht vorgebracht worden. Wohl hat mal jemand ein Remdwort nicht deuten können, oder ein anderer hat gerade das Gegenteil von dem herausgelesen, was er geschrieben, aber das sind keine Beschwerden gegen die Schreibweise und keine Beschwerden gegen die prinzipielle Haltung des Blattes. Drei Beschwerden wegen Nichtaufnahme von einzelnen Artikeln lagen der Prekominmission vor, also auch keine Beschwerden gegen die Haltung des „Steinarbeiters“. Diese Beschwerden wurden von der Prekominmission erledigt. Das Resultat steht im Geschäftsbericht.

Redner geht auf die Haltung der Redaktion ein anlässlich der 10 Punkte. Es ist im allgemeinen ja wenig von Bedeutung, ob der „Steinarbeiter“ dazu viel oder wenig geschrieben hat, denn wir

lösen die Sache nicht, das kann nur die Gesamtarbeiterklasse, jedoch gehören dazu andere Voraussetzungen wie heute, andere Machtverhältnisse im Staat und in der Staatsführung. Solange diese nicht auf Seiten des schaffenden Volkes liegt, ist daran gar nicht zu denken.

Die Macht des schaffenden Volkes ist zur Ohnmacht verurteilt, solange die Zerreißung und Vergiftung der Arbeiterbewegung anhält. Auf diesen unheilvollen Zustand muß man auch immer wieder verweisen bei der Propagierung von Forderungen, die an sich begrüßenswert sind, zu deren Erfüllung jedoch das Postulat fehlt: Die geschlossene Kraft und Macht des schaffenden Volkes. — Von diesem Gesichtspunkt heraus habe er die 10 Punkte eingekürzt.

Dann sei ihm von einigen Mitgliedern der Vorwurf gemacht worden, daß der kommunistischen Auffassung mit ihrer gewerkschaftschädigenden Agitation, im „Steinarbeiter“ zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das trifft bis zu einem gewissen Grade zu. Nur ganz bestimmte Anlässe, wo es unumgänglich nötig erschien, gaben Veranlassung, unsere Stellung zur bekannnten Zellenbauerei klarzulegen. Sonst ist es unterlassen worden. Festgestellt muß werden, daß die kommunistisch angehauchten Mitglieder unseres Verbandes sich im allgemeinen dem Rahmen des Verbandes eingefügt haben. Aus diesem Grunde hatte die Redaktion durchaus keine Veranlassung, unnötige Schärfe hineinzutragen, deren Auswirkung im Arbeitsverhältnis der Kollegen ausflingt. Wenn nun auch einzelne Zahlstellen hin und wieder Resolutionen angenommen haben, die kommunistisch lauten, so ist es jedoch für die Gesamtheit der Steinarbeiter nicht von großer Bedeutung, Bedeutung bekommt das erst, wenn große Sache davon gemacht wird. — Am unbedenklichsten in der Bewegung sind jedoch jene Kollegen, die von jeder politischen Richtung etwas aufgeschminkt haben, aber keiner Richtung offiziell angehören, die äußerst radikal in Worten sind, alles durcheinanderwürfeln, und wenn man genau hinzieht, kein Mitgliedsbuch irgendeiner Partei aufweisen können. Diese sind für die Gewerkschaftsarbeit die allergefährlichsten und natürlich die verbittertesten Gegner jeder geregelten Beitrags- und Geschäftsführung.

Die Redaktion eines Gewerkschaftsblattes solle bei wichtigen Vorkommnissen, die aufs Politische zeigen und bei denen die Gesamtheit des schaffenden Volkes lebhaft interessiert ist, auch bei Streiffragen innerhalb der Arbeiterbewegung durchaus nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern soll sagen und sagen dürfen, was ist. Dabei aber nicht das Trennende in den Vordergrund schieben, sondern das Einigende dabei nicht vergessen. Das haben wir auch getan, und zwar immer nach gewerkschaftlichen Grundsätzen. Redner behandelte die vorliegenden Anträge, die in kein Neffort fallen, und sagt zum Schluss: Die Redaktion sieht der Kritik mit ruhigem Gemüte entgegen, wohl braucht man nicht mit allem einverstanden zu sein und kann über manches, was der „Steinarbeiter“ brachte, eine andere Auffassung haben. Bei der Kritik seien jedoch unsere Verbandstagsbeschlüsse und die Richtlinien der Gewerkschaften zugrunde zu legen; es brauche nicht unter allen Umständen kritisiert werden. Die Redaktion höre auch ganz gern das Gegenteil.

Der Kollege Josef Elsner (Dresden) berichtet über die Tätigkeit des Verbandsausschusses und behandelt die seit dem Würzburger Verbandstag erfolgten Änderungen in der Besetzung besetzter Funktionen im Hauptbureau und im Außendienst. Der Vorsitzende des Ausschusses teilt noch mit, daß bei allen gemeinsamen ordentlichen und bei geheimen Revisionen Bücher und Kasse immer in tadelloser Verfassung vorgefunden wurden, er beantragt für den Gesamtvorstand Entlastung. Für die Revisoren und für die Prekominmission berichtet Kollege Thomas Haug (Leipzig). Der Beurteilung der Kassenrevisionen von Elsner schließt er sich an und gibt dann einen interessanten Überblick über die in den Vorstandssitzungen zur Erledigung gebrachten Zahlstellenanträge. In 59 Sitzungen und 5 Kombinationen mit dem Verbandsausschuß seien 655 Sachpunkte zur Erledigung gekommen. Die der Prekominmission übermittelten Beschwerden wegen Ablehnung von Artikeln behandelte er eingehend und spricht sich anerkennend über die Redaktionsführung aus, ohne daß er damit alles untertreibe, was der Redakteur geschrieben hat. — Damit waren die Berichte erledigt; ehe in die Diskussion eingetreten wurde, wurde eine genügend untertützte Resolution von den Berliner Delegierten eingebracht (Einheitsfront, Weltkongress, Einstellen des Kampfes der Arbeiterpresse gegeneinander, Neuerkommission usw.). Diese Resolution wurde nicht als dringlich von der Mehrheit des Verbandstages anerkannt und dem zuständigen Punkt der Tagesordnung eingereiht. Infolge der Vorkommnisse beim Zusammentritt der politischen Neuerkommission wurde die Resolution im Laufe der Tagung zurückgezogen.

In der ausführlichen, drei Tage währenden Debatte über die Vorstandsbereichte ergriffen zunächst vornehmlich Redner der Opposition das Wort, von denen einige eine ganz außerordentlich weittragende Kritik gegen Geist und Verhalten des mehrheitssozialistischen Gros der Parteibewegung sowie des ADGB im allgemeinen und die Tätigkeit des Verbandsvorstandes im besonderen richteten. Erklang aus vielen der Reden ganz stark der politische Meinungsgegensatz, so enthielten andere, gemäßigter klingende, doch auch eine herbe Kritik, hinter der eine weitgehende Unzufriedenheit darüber stand, daß vielfach die Lebenslage der Kollegen außerordentlich zurückgeblieben sei. Der politische Meinungsgegensatz kam gleich zu Anfang besonders stark durch die Kollegen Garz-Weimar und Knopp-Röhl zum Ausdruck, von denen der erstere z. B. meinte, daß der Verbandsvorstand von höheren Stellen aus an schärferem Vorgehen gehindert werde, und daß er aus solchen Gründen auch zur Durchführung der 10 Punkte des ADGB nichts tun könne. Der Redner hielt dafür, daß große Kämpfe, auf breiter Basis, über die Basis der heutigen Einzelorganisation hinaus, geführt werden müßten. — Knopp-Röhl bezeichnete die Amsterdamer Internationale als tot, da sie es ablehne, die Arbeiter zu kämpfen zu führen.

Weitere Ausführungen von bemerkenswerter Schärfe machten die Kollegen Kettner-Demich und Stapel-Hannover. Der erstere meinte, der Verband sei zwar aus der Arbeitergemeinschaft ausgetreten, aber der Geist der Arbeitergemeinschaft, das Faktieren mit dem Unternehmertum, das müsse aus dem Verbande heraus. Das, was vom Verband, auch vom ADGB, verlangt wurde, war ein endliches Kämpfen, insbesondere um die Durchführung der 10 Punkte. Zwei weitere große Punkte, so sagte Kollege Kollwage-Münch, seien der Grund tiefergehender Unzufriedenheit: das Verfallen in der Sozialisierungsfrage, und dann die Steuerfrage. Hier habe die Bewegung gänzlich verlagert. Hierzu führte Stapel-Hannover aus, daß es gerade an diesen Steuermaßnahmen des Staates wesentlich mit läge, daß trotz dauernder Erhöhung der Löhne die Misere der Arbeiter nicht schwinde. Und hier sei es ein Verfehlen des Verbandsvorstandes, daß er einer Partei ange-

höre, die dem Arbeiter nicht einmal neutral, sondern feindlich gegenüberstehe und ihm durch Steuern das an Lohn wieder nehme, was er sich durch wirtschaftlichen Kampf errungen habe. — Konsequenz solchen Auffassungen, die in besonders weitgehender Weise auch vom Kollegen Jeschke-Röbau vertreten wurde, trat man aus der Opposition heraus denn auch für die Besetzung des Vorstandes nach parteipolitischen Gesichtspunkten ein, ausgehend von der Behauptung, daß auch jetzt der Vorstand schon parteipolitisch zusammengesetzt sei, während wiederum andere betonten, daß es sich gleich bleibe, wie der Vorstand zusammengesetzt sei, er müsse aber den Anforderungen schärferen Klassenkampfes als bisher gerecht werden.

Hier gebremst zu haben durch politisch-einseitige Gestaltung des Sachblattes und Kalfstellung der anders orientierten Kollegen, war ein Vorwurf, der in den verschiedensten Abfärbungen von einer großen Reihe von Rednern gegen den Redakteur gerichtet wurde. Es wurde verlangt, daß der Redakteur neutral bleibe, und daß er die nun einmal vorhandene „radikale“ Richtung mit im Sachblatt zum Wort kommen lasse.

In diese Grundtendenz lebhaft oppositionell gerichteter Reden hinein spielten dann noch Kritiken am Verhalten der Vorstandes und einzelner Verbandsangestellter bei Tarifbewegungen, an der Schlichtungsordnung, am Reichslohntarif usw.

Neben der Opposition traten aber auch Redner auf, so Lenzen-Gummerbach, Eggert-Grüten, Wagner-Kamenz, Engelman-Zöblich, Linz-Steinach, Weidenhamer-Hembsbach und andere, die, abgesehen von auch von ihnen vorgebrachten Einzelwünschen und Ausstellungen, betonten, daß der Verbandsvorstand, soweit es in seinen Kräften stand, das Günstigste für die Kollegen herausgeholt habe. Daß trotzdem manches Erfreute nicht erreicht wurde, habe an wirtschaftlichen Verhältnissen gelegen, die stärker waren als die Kräfte des Verbandes. Auch vom „Steinarbeiter“ sei zu sagen, daß er im Punkte Neutralität mindestens ebensoviel Rücksicht walten lasse wie jedes andere gewerkschaftliche Blatt, wie der „Steinarbeiter“ sich überhaupt in jeder Hinsicht mit den übrigen Gewerkschaftsblättern messen könne. Auch ein kommunistischer Redakteur würde nicht neutral, sondern seiner politischen Einstellung gemäß schreiben. Unter dem bisherigen Verhalten von Vorstand und Redaktion sei die Einheitslichkeit im Verband erhalten geblieben. Aber gerade die Opposition auf diesem Verbandstag, so führte ein Redner aus, sei es gewesen, die am Tage vorher mit Zellenbildung vorgegangen sei. Ein anderer Redner sprach aus, daß Teile der gepflogenen Kritik einfach unter aller Kritik gewesen seien.

Im Verlaufe der Diskussion rückten überhaupt mehr und mehr Redner lediglich die engeren fachlichen Berufsfragen in den Vordergrund und fanden das Ohr des Verbandstages mit der Besprechung von Berufskrankheiten, des Bildungsweesens, der Agitation, der Akkordarbeit, der Tarifpolitik, der Kommunalisierung von Steinbrüchen usw. Die Redner, die sich hiermit beschäftigten, traten zumeist auch dafür ein, Tarifwesen und Schlichtungsordnung nicht zu verwerfen, dagegen sie auszubauen, zugleich brachten sie dafür Vorschläge ein. Gauleiter Braun-Röhl und der zweite Verbandsvorsitzende Walter bebauerten den Rücktritt von der Arbeitsgemeinschaft. Die Arbeitsgemeinschaft vermöchte besonders den Kollegen in „christlich“ durchsetzten Gebieten Vorteile zu bieten.

Der alte ehemalige Verbandsvorsitzende Starke erhielt am Schluss der Dienstags-Tagung das Wort und mahnte, das diesmalige „Aufwachen“, das stärker und verärgertes ausgefallen sei als jemals vor dem Kriege, als Ausdruck der heutigen allgemeinen sozialen Nöte der Gesellschaft hinzunehmen, aber sich nicht hinreißen zu lassen, dem Richtungsstreit keinerlei Zügel mehr anzulegen, dem Proletariat sei das Rückgrat schon genügend verbogen worden. Kollege Starke bekam lebhaften Beifall für seine Ausführungen.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht war am dritten Tage noch recht lebhaft. Kettner-Demich hielt die Schlichtungsordnung für ein massiertes Streikverbot, Garz-Weimar, der ausführte, die parteipolitische Zusammenziehung des Vorstandes sei gleichgültig, wenn Vorstand und Redaktion nur die Opposition berücksichtigen und im Klassenkampf etwas leisten, aber das könnte die jetzige Leistung nicht, und zwar auf Grund ihrer politischen Ueberzeugung. Deshalb müsse die Zentralleitung verändert werden.

Silber Schmidt (ADGB) nahm zu längeren Ausführungen das Wort, um die Anschuldigungen gegen die Amsterdamer Internationale und den ADGB zurückzuweisen. Silber Schmidt erörterte, warum die wirtschaftliche Umwälzung der politischen Umwälzung nicht in gleichem Schritt und Tritt habe folgen können. Redner ging auf den sachlichen Teil der Vorwürfe ein und nannte die Tatsache, daß wir jetzt einen Anfang von internationaler Massenverbändigung wieder haben, ein einziges großes Verdienst des Internationalen Amsterdamer Gewerkschaftsbundes; er benannte dessen Arbeiten zur Verbesserung des Friedensvertrags, gegen den ungarischen Terror, gegen die Absichten innerhalb der Entente, mit Rußland einen neuen Krieg anzufangen usw., und besaßte sich dann unter geschichtlicher Skizzierung jener innerpolitischen Ereignisse, die zur Auflösung der 10 Punkte führten, mit der Grundanschuldigung, daß der ADGB, überhaupt die rechtsgerichtete Bewegung, in der Durchführung dieser Punkte verlagert habe. Er legte dar, was an Bemerkenswertem doch erreicht worden sei, von dem aber spreche die Opposition nicht, und erörterte dann, wie hart und zäh die Dinge sind, so daß man sie mit Schlagworten und Generalstreiks usw. nicht zwingen könne.

Diese Ausführungen fanden die Anerkennung eines großen Teiles der Anwesenden. Im übrigen beschäftigte die Diskussion, die mit dem Schluss der Mittwochnormittagsitzung ihr Ende fand, sich zur Hauptsache mit sachlichen Fragen des Berufs.

Die Schlussworte der Referenten, insbesondere das des Redakteurs Siebold, fielen infolge der scharfen Debatte, die wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß man nicht mehr wie früher mit einer politisch einheitlich gerichteten Kollegenschaft zu rechnen hat, ausführllich und offen aus und stellten die Vorwürfe in jenes richtigere Licht, in das sie des „zweiten Mannes Rede“ zu setzen vermog.

In der Abstimmung über die Vorstandfrage wurde dem Gesamtvorstand gegen 2 Stimmen Entlastung erteilt. Ein Antrag, bei der Zusammenstellung des Vorstandes die politische Gestaltung zu berücksichtigen, wurde einstimmig abgelehnt, dagegen einstimmig beschlossen, die Einheitsfront herbeizuführen, außerdem wurden zwei Anträge dem Vorstand überwiefen, den Verband mehr als Kampforganisation auszubauen.

Die endgültige Bestimmung über zwei Anträge, die eine Veränderung in der Besetzung des Vorstandes wie auch des Redakteurpostens vorschlugen, wurde hinausgeschoben, indem diese zwei Anträge der Wahlkommission überwiesen wurden.

Zum Tarifwesen wurde nachstehende Resolution angenommen:  
Die bestehenden Reichsverträge weisen in ihren allgemeinen Bestimmungen noch recht große Unterschiede auf. Es muß deshalb unsere Aufgabe sein, diese Bestimmungen, soweit es die Eigenart der Berufsgruppen zuläßt, zu vereinheitlichen. Dies gilt insbesondere auch für die Bezirks- und Ortsstarke. Soweit es nicht bereits geschehen, sind von der Zentralleitung einheitliche Tarifentwürfe herauszugeben.  
Der Verbandstag erhebt Protest, weil der Reichsverband der deutschen Steinindustrie einschließlich eines Teiles seiner Unterverbände und Bezirksgruppen nicht in den Mantelverträgen festgesetzten Bestimmungen nachkommt. Insbesondere wird verlangt, daß von den Pflasterstein- und Schotterindustriellen die Bestimmungen des § 15 im R. U. B. bei der Festsetzung der Akkordrichtlöhne und der jeweiligen Akkordsätze respektiert werden.  
Für größere Bezirke ist für die einzelnen Berufsgruppen ein einheitlicher Lohn anzuführen.  
Auf die Verallgemeinerung des Zeitlohnsystems ist auch ferner das größte Gewicht zu legen. Soweit die Akkordarbeit noch besteht, ist die Garantierung des vollen Zeitlohns anzustreben.  
Um den Gang der Lohnverhandlungen zu beschleunigen, sind die im Schlichtungsverfahren festgelegten Fristen zu verringern.  
Der durch die Gesundheitschädlichkeit unseres Berufes und die unsichere Aussicht auf eine spätere, einigermaßen gesicherte Existenz und nicht zuletzt auch durch die ganz unzureichende Vergütung der Lehrlinge eingetretene Mangel an Facharbeitern gibt im Interesse der Erhaltung unseres Gewerbes zu den schwersten Bedenken Anlaß. Der Verbandstag beauftragt daher die Zentralleitung, sich erneut mit dem Reichsverband der deutschen Steinindustrie in Verbindung zu setzen, um eine fachgemäße Heranbildung des beruflichen Nachwuchses im ganzen Reich zu gewährleisten. Dabei sind folgende Richtlinien zu beachten:

1. Um eine fachliche Ausbildung zu gewährleisten, ist die Akkordarbeit während der Ausbildungszeit auszuschalten. Die Vergütung erfolgt prozentual nach Alter und Lehrdauer zu dem am Ort tariflich festgelegten Stundenlohn.
2. Um der Berufskrankheit vorzubeugen, dürfen Personen unter 16 Jahren, sowie gesundheitlich schwache Personen und solche mit kranken Atmungsorganen nicht zur Steinbearbeitung angelernt werden. Vor der Einstellung hat eine ärztliche Untersuchung der Betreffenden auf Kosten des Arbeitgebers zu erfolgen.
3. Die Beschäftigungsdauer darf bis zu 18 Jahren täglich höchstens 7 Stunden betragen.  
Die Lehrzeit muß in jedem Fall auf 3 Jahre beschränkt bleiben.
4. Zur Hebung des Gewerbes sind in den maßgebenden Bezirken möglichst mit Hilfe öffentlicher Mittel Fachschulen zu errichten, um neben der praktischen auch die theoretische Ausbildung zu fördern.  
Um dem Mangel der Betriebsräte-Gefüge abzuwehren, nach welchem die Kleinbetriebe bis zu 5 Mann Belegschaft von der Nutzung der gesetzlichen Betriebsvertretung ausgeschlossen sind, haben die Kommissionsmitglieder bei Tarifabschlüssen dahin zu wirken, daß eine Bestimmung in dem Vertrag verankert wird, nach welcher in Kleinbetrieben ohne gesetzliche Vertretung die Arbeiterchaft einen Betriebsvertrauensmann zu wählen hat, dem die gesetzlichen Rechte und Pflichten des Betriebsobmannes aus dem B. A. G. zugestanden werden.

Außerdem wurden eine Reihe von Anträgen zum Beschluß erhoben bzw. zur Berücksichtigung überwiesen, die die Vorschläge zur Verbesserung der Tarifpolitik und der Schlichtungsordnung enthalten.

Von zwei weiteren angenommenen Resolutionen enthält die eine einen Protest gegen die Verschleppungstaktik der Unternehmer des Verbandes deutscher Granitwerke bei Teuerungszulagen- und Tarifverhandlungen und verlangt Verhandlungen in den nächsten Tagen, die andere eine Aufforderung an die Kollegen des Elbsandsteingebietes, mit allen Mitteln für die Einführung des Zeitlohnes zu wirken.

Der neunte Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands beurteilt aufs schärfste die Verschleppungstaktik der Unternehmer des Verbandes deutscher Granitwerke bei Teuerungszulagenverhandlungen und bei den jeweils stattfindenden Tarifverhandlungen.  
Der Verbandstag bringt einstimmig zu Ausdruck, daß die sich notwendig machenden Tarifverhandlungen in dieser Gruppe in den aller nächsten Tagen aufgenommen werden müssen.  
Der Reichslohnrat ist so zu gestalten, daß er den nach ihm zu entlohnenden Arbeitern einen auskömmlichen Lohn sichert.

## Pfingsten — das Fest der Jugend!

Pfingsten ist das Fest der Jugend. In Jugendfrische begrüßt uns die Natur, zartes Birkengrün nicht von den Bäumen, taufrische Blütenfülle schmückt Blume und Busch, und harziger Tannens- und Kiefernduft strömt aus hellgrünen Sprößlingen. Jugendfrische, Jugendfrische in der Natur...

Der junge Sommer redt sich mit jugendlicher Stärke und strebt voller Schaffenslust und Lebensdrang. So ist die Pfingstzeit ein Symbol unserer aufstrebenden Jugend, die gleichfalls ihre Kräfte entfaltet und stählt und im hellen Frühsummer des Lebens nach Tat- und Menschenvollendung strebt. Aber auch sie mußte erst ihre Kräfte faugen aus dem Alten, aus dem heiligen Vermächtnis der Väter und Mütter...

Ach, unsere Jugend übernimmt heute eine wohlfeile Erbschaft. Lange Jahrzehnte des Kampfes sind der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung vorausgegangen. Jene Zeit, als die Großväter der heutigen Jugend noch als die Apostel einer neuen Menschheitslehre mit feurigen Zungen das neue Evangelium predigten, mit Begeisterung der neuen Idee huldigten, die begründet durch Marx und Engels, voll Feuergeist vertreten von einem Lassalle, damals die ehrwürdigen Grundfesten einer jahrhundertalten Ueberlieferung erschütterten. Und was unsere Alten für ihre Ueberzeugung damals und bis in die neuere Zeit erduldet, davon erzählen die Annalen der modernen Arbeiterbewegung. Verfolgung, Ausweisung und Gefängnis war das Los der wackeren Kämpfer. Verfolgung nicht nur durch die Vertreter und Nutznießer des kapitalistischen Systems. Denen war es von ihrem Standpunkt aus nicht zu verdenken, wenn sie sich ihrer Haut wehrten und alle Mienen springen ließen, um ihre Klassenrechte und das Recht der Menschenausbeutung aufrechtzuerhalten. Idealismus war ihnen ein fremder Begriff, das Streben nach einer besseren Gesellschaftsform erschien ihnen als Frevel an der „gotgewollten“ Ordnung. Dieser natürliche Feind des Sozialismus und der modernen Gewerkschaftsbewegung mußte selbstverständlich als Feind der neuen Lehre in Rechnung gestellt werden (das muß auch heute noch geschehen), aber vor allem waren es auch die eigenen Klassenangehörigen, die verhetzt durch Bourgeoisie und Pfaffen zum Apfeln des Sozialismus als Feinde entgegengetraten und die neue Lehre verhöhnten und verspotteten. Sie verstanden das Neue nicht, ebenso wie sie die aus dürftigen Anfängen aufstrebende Weltanschauungsweise lag ihnen in den Knochen gleich einem alten Erbfeind, die Auffassung, daß es ja schon immer Reiche und Arme gegeben habe und daß es so bleiben und daß jebermann untertan der Obrigkeit sein müsse, beherrschte ihre ärmliche Gedankenwelt. Und Schule und Kirche taten ihr übriges, um diesen naiven Kinder glauben aufrechtzuerhalten.

Aber aller Feindschaft zum Trotz setzte sich die neue Lehre durch. Sie spottete jedem Haß und jeder Verfolgung und es wiederholte sich im Sozialismus, was vor 2000 Jahren am Tage der Pfingsten geschah und sich in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten fortsetzte. Auch damals nur ein Häuflein Menschen, die begeistert unter alle Völker gingen und flammenden Worts das neue Heil, die Lehre Christi verkündeten. Sie fürchteten weder die Macht der römischen Cäsaren noch deren Grausamkeit und Verfolgungssucht, unbefürchtet um Not und Tod traten sie für ihre Ueberzeugung ein und ihre Lehre hielt ihren großen Siegeszug durch die Welt.

„Der Verbandstag nimmt mit Erstaunen davon Kenntnis, daß die Kollegen des Elbsandsteingebietes in gänzlich unzureichender Weise von dem Recht, im Zeitlohn zu arbeiten, Gebrauch machen. Der Verbandstag weist die Kollegen darauf hin, daß dadurch erstens gegen die im Statut enthaltenen Bestimmungen verstoßen wird und weiter eine sehr große Gefahr und Schädigung für alle Steinarbeiter Deutschlands, die das Zeitlohnsystem erkämpfen wollen, entsteht. Den Arbeitgebern wird hierdurch ein unüberlegliches Argument gegen die Bestrebungen, das Zeitlohnsystem zur Einführung zu bringen, in die Hand gegeben.“

Der Verbandstag fordert die Kollegen auf, reiflich von dem ihnen zustehenden Recht Gebrauch zu machen.

Die Zentrale wird beauftragt, mit allen Mitteln für die Einführung des Zeitlohnsystems zu wirken.

Zur Redaktionsfrage wurde beschloffen, daß das Fachblatt sich mit politischen „Stänkereien“ nicht befassen solle, zwei Anträge im Sinne der Opponenten wurden der Redaktion ohne Zwangsverpflichtung überwiesen. Zwei Anträge, den Druck des Steinarbeiters aus der Leipziger Freien Presse herauszunehmen und der Leipziger Volkszeitung zuzuführen, wurden in namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

In der Frage des Anschlusses an den Baugewerksbund empfahl der Verbandsvorstand einmütig davon Abstand zu nehmen. Die Gründe, die den Vorstand zu diesem Standpunkt bestimmten, hat er in den Hauptzügen in einer dem Verbandstag unterbreiteten Resolution folgenden Inhalts niedergelegt:

„Der 9. Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands lehnt die beantragte Verschmelzung mit dem Baugewerksbund (früheren Bauarbeiterverband) ab, weil die notwendigen Voraussetzungen für eine Verschmelzung fehlen.“

Mit Ausnahme der wenigen, vorübergehend an Bauten beschäftigten Steinmetzen (das Gros derselben ist in der Grabmalbranche tätig) kommen die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes mit Bauarbeitern nicht in berufliche Berührung. Die in der Steinindustrie vorhandenen Berufe:

Brecher, Steinmetzen, Schleifer, Fräser, Dreher (je nach ihrer Ausbildung in Granit, Marmor, Sandstein, Kalkstein beschäftigt), Pflastersteinmacher (in Granit, Kalk, Melaphyr, Grauwade, Sandstein), Schieferarbeiter, Griffelmacher, Lithographiesteinarbeiter und Hilfsarbeiter in allen Gesteinsarten bilden in sich abgeschlossene Gruppen. Auch die Arbeitgeber der Steinindustrie sind fast ausnahmslos im Reichsverband der Steinindustrie und seinen Unterverbänden organisiert, mit denen der Steinarbeiterverband selbständige Reichs-, Landes-, Bezirks- und Ortsstarke abgeschlossen hat.

Eine wirksamere als die in der bisherigen Organisationsform mögliche Vertretung der Steinarbeiterinteressen ist im Rahmen des Baugewerksbundes nicht zu erwarten, da durch die Verschmelzung die Nachfrage nach steinindustriellen Produkten nicht größer wird und nur durch die Zunahme dieser die Hebung der Lage der in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter beschleunigt werden kann.

Wie der äußere Anlaß zur Aufgabe der organisatorischen Selbständigkeit fehlt, so fehlt auch der innere. Der Steinarbeiterverband ist allen an ihn gerichteten Anforderungen gerecht geworden, und es besteht kein Zweifel, daß er dieselben auch künftig erfüllen wird.

Der Förderung des Verbandes Sozialer Baubetriebe stimmt der Verbandstag zu. Vom Baugewerksbund erwartet der Verbandstag jedoch, daß er die Rechte des Steinarbeiterverbandes nicht verletzt und sich der Agitation innerhalb der Steinindustrie enthält.

Die vielen sonstigen Gesichtspunkte, die nach der Auffassung des Vorstandes bei der Beurteilung der Frage mit in Betracht gezogen werden müssen, wurden vom Verbandsvorstand Winkler in einem sachlichen, ausführlichen Referat dargelegt. Sein Befremden drückte Winkler darüber aus, daß der Bauarbeiterverband auf seinem kürzlich stattgefundenen Verbandstag die Gründung des Baugewerksbundes beschloß, ohne die Stellungnahme der einzelnen Verbandsgeneralsammlungen abzuwarten, sich damit über das Selbstbestimmungsrecht, zum mindesten über das Mitbestimmungsrecht der betroffenen Verbände hinwegsetzte, obwohl die Vertreter aller in Frage kommenden Verbände auf einer gemeinsamen Sitzung sich darüber schlüssig geworden seien, die Entscheidung über die Frage den Verbandstagen der beteiligten Verbände zu überlassen. Die Stellung der Mitgliedschaft des Verbandes ist geteilt. 26 Zahlstellen ver-

langen durch Anträge den Anschluß ohne jede Einschränkung, ein paar Anträge fordern den Anschluß unter bestimmten Voraussetzungen unter völliger Wahrung der besonderen Berufsinteressen, ein anderer Teil der Anträge fordert Urabstimmung über die Frage, wieder ein anderer Teil verlangt Ablehnung der Verschmelzung.

Auf Vorschlag des Bureau einigte man sich auf eine Beschränkung der Diskussion. Die Befürworter der Verschmelzung bestimmten den Gauleiter Menges-Frankfurt a. M. und die Delegierten Kollwage-München und Peitner-Demitz als ihre Redner, der Standpunkt der Gegner der Verschmelzung wurde unter Zurechnung Windlers noch von Müller-Striegau und Weidenhammer-Hemsbach vertreten. Die Redner erhielten verlängerte Redezeit, und sie alle, auch die Freunde der Verschmelzung, die übrigens Verschmelzung unter Wahrung einer gewissen Selbständigkeit des Steinarbeiterverbandes empfahlen, traten für Urabstimmung ein oder erklärten sich mit ihr einverstanden. Schenke vom Steinarbeiterverband erläuterte referierend den Standpunkt der verschiedenen Strömungen, die im Steinarbeiterverband dem Verschmelzungsgedanken gegenüber vorhanden sind. Seinen eigenen Standpunkt präzierte der Redner in dem Satz, auch er sehe schwere Gefahren in der Art, wie jetzt der Baugewerksbund die Dinge zu gestalten sucht; die Mitbeteiligung des A.G.B. dabei wäre unerlässlich, um in vollem Vertrauen zusammenarbeiten zu können. Auch der Verbandsvorsitzende Winkler hielt eine Urabstimmung für nötig, falls ein Verschmelzungsbeschluß nur mit ganz geringer Majorität zustandekäme.

Dem stimmte der Verbandstag zu.

Die Resolution des Verbandsvorstandes, die die Verschmelzung ablehnt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 27 Stimmen, angenommen, so daß eine Urabstimmung nicht mehr in Frage kam. Ferner wurde angenommen eine Resolution Mitsche-Berlin, die, um der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, eine enge Kartellierung mit dem Bauarbeiterverband zum Betrieb der Agitation und zur Führung von Lohnkämpfen verlangt unter vollständiger Wahrung der Selbständigkeit des Steinarbeiterverbandes, weiter eine Resolution, die den Zentralvorstand beauftragt, den Zahlstellen Anweisung zu geben zur Förderung der sozialen Baubetriebe. Diese beiden Resolutionen lauten:

„Der Zentralvorstand erhält von dem Verbandstag den Auftrag, den Zahlstellen zu empfehlen, den sozialen Baubetrieben, welche im Interesse der Wohnungsnot als Schrittmacher des Sozialisierungssystems wirken müssen, Gelder in weitestgehendem Maße zur Verfügung zu stellen.“

„Der im Mai 1922 in Leipzig tagende Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands stellt nach Würdigung aller Gründe für und gegen Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband auf dem Standpunkt, daß ein vollständiges Aufgehen im Baugewerksbund (Bauarbeiterverband) nicht im Interesse der Kollegenschaft liegt.“

Um aber der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, soll eine enge Kartellierung mit dem Bauarbeiterverband angestrebt werden, wodurch eine gegenseitige Unterstützung in Beziehung Agitation und Führung von Lohnkämpfen erreicht wird, unter Wahrung der Selbständigkeit der Berufsorganisation.“

## Internationales Steinarbeitersekretariat.

Bericht pro 1. Quartal 1922.

**Finnland** Am Ende des letzten Jahresviertels war die Anzahl der Verbandsabteilungen 33, mit 924 vollbezahlenden Mitgliedern, 34 halbbezahlenden und 145 wegen Alter, Krankheit und Erwerbslosigkeit von Beitragszahlungen befreiten Mitgliedern. Die ganze Mitgliederzahl war also 1103.

Die Arbeitsverhältnisse waren im ganzen Lande während des ganzen Jahres sehr schlecht, so daß es am Ende des letzten Jahresviertels Steinarbeiter beinahe gar nicht gab.

Die Löhne können für das ganze Land durchschnittlich zu zirka 5.75 Fmk. pro Stunde geschätzt werden.

Schriftliche Arbeits- und Lohnsätze mit den Unternehmern existieren am Ende des Jahres nicht, sondern haben die Arbeiter durch gemeinsame Uebereinkünfte ihre Lohnverhältnisse geregelt. Krankenunterstützungen hat der Verband an 104 von seinen Mitgliedern ausbezahlt, für 2806 Krankentage insgesamt.

Daß diese Lehre später entartete und zum Instrument der Besitzenden zur Niederhaltung der Besitzlosen umgestaltet wurde, war nicht die Schuld der Apostel. Sie übergaben ihren Anhängern ein ideales Pfand der Menschensiebe und Brüderlichkeit. Leider waren bald reaktionäre und jesuitische Geister eifrig am Werke, um die reine Lehre des christlichen Kommunismus ins „Jenseits“ zu verlegen und das „Diesseits“ als optgemolltes Jammertal zu deklarieren. Bald herrschte wieder die alte Knechtschaft, und der Pfingsttraum jener Zeit, da „alle einmütig beinander waren“, verschwand in pfäffischem Phrasenschwall...

An uns soll es liegen, daß die Arbeiterchaft, die heute im Sozialismus den großen Weltbefreier sieht, nicht wieder in gleicher Weise um ihr menschliches Erstgeburtsrecht geprellt wird. Sorgen wir dafür, daß unsere Jugend die Ideen der Alten rein erhält und dafür sorgt, daß das, worum die Alten gestritten und gelitten, in die leuchtende Tat umgesetzt wird. Die Jüngeren aber sollen das ihnen übertragene Vermächtnis der Vollendung nicht als wohlfeile Erbschaft betrachten, sie sollen mit dem teuren Pfunde wuchern. Ihnen liegt die Pflicht ob, mit der Begeisterung der Alten das Ideal des Sozialismus weiter zu pflegen und in immer weitere Kreise zu tragen. Und nie sollen sie vergeffen, welche Opfer damals die Alten auf sich genommen, mit welcher Ueberzeugungskraft und welchem Eifer sie damals die junge Saat austreuten allen Gegnern zum Trost und nicht achtend Not und Verfolgung, unerschütterlich das Ziel im Auge: durch Aufklärung zum Sozialismus, zur besseren Lebensgestaltung, zu vollkommener Kultur und Menschlichkeit! Beigt euch dieser Opfer wert, ihr Jungen, durch ernstes Streben im Sinne der Alten!

Pfingsten ist das Fest der Jugend. Der Frühling hört auf und der Sommer drängt der Frucht entgegen. Auch der Frühling des Sozialismus ist zu Ende und er drängt zur Reife und Vollendung. Und wenn auch heute der junge Most noch vielfach gärt und unklare Stellen zeigt — die Gärung wird sich geben und ihr wird die Klärung folgen. Und die Klarheit wird dann die Wahrheit in reinem Lichte zeigen, die abgeklärte, wissenschaftlich begründete Wahrheit des so oft verhöhnnten Marxismus, der durch Aufklärung und mit Hilfe der fortschreitenden Entwicklung das Ziel erreichen wird.

Der Frühling geht zur Rüste. Es drängt zur Frucht. Und ihr Jungen, die ihr am Pfingsttage blühenbekränzt der kommenden Frucht jubelt, die ihr erfüllt von Schaffenslust und Tatendrang das Streben der Alten in lautere Tat umzusetzen bestimmt seid — enttäuscht die Alten nicht. Nicht mit nichtsagenden Nebenarten und loderen Phrasen zwingt ihr das Alte und führt ihr das werdende zur Frucht, sondern durch ernste Erfassung der ehernen Logik der sozialistischen Gedankenwelt, durch eifriges Studium der Marxistischen Lehre, durch rege Betätigung in der Partei und Gewerkschaft. Lernet, um lehren zu können, klärt euch auf, um aufklären zu können, agitiert und arbeitet, daß sich die Arbeiterbewegung mit zielklaren Köpfen füllt, gewinnt, die uns noch fehlen und trägt mit der Bähigkeit der Alten die neue Idee hinaus über die Landesgrenzen unter alle Völker, auf daß sie endlich Gemeingut aller werde!

Pfingsten ist das Fest der Blüten. Erfreut euer Herz am Blühen der Natur. Doch daß bald der Tag der Menschheitspfingsten erfüllt werde, dafür sorgt mit aller Begeisterung und Kraft, Menschheitspfingsten: Wohlstand und blühendes Leben auf beiden Hälften des Erdballes, alle Menschen Brüder und

Schwester, sich neigend vor dem hohen Banner der Freiheit, der Gleichheit und Menschenliebe!

Das ist das Menschheitspfingsten, das die Alten vorbereitet haben, das die Jungen vollenden sollen. Pfingsten ist das Fest der Jugend. Strebe, Jugend, dem Menschheitspfingsten entgegen, daß sich die Menschheit Pfingstblüten ums Haupt winde und herrlicher Frucht entgegengehe auf dem Pfade der echten Menschvollkommenheit!

## Strebe zum Ganzen!

Glaube nie, daß Du allein Kannst des Lebens Nöte meistern, Denn dies wäre Trug und Schein, Siehe mit Papier verkümmern Einen Nib, wenn Sturm und Not Mauerwerk zu sprengen droht!

Wer nur sich alleine steht, Aber nicht die Not der Brüder, Wer sich nimmer fühlt als Glied, Ihn zu schließen unsre Glieder, Wer dem Ganzen sich bedächtlich Zeige fernhält, ist verächtlich!

Ja, verächtlich in des Wortes Kühnlicher Bedeutung wäre, Wer sich feig begiebt des Hortes Der Gemeinschaft! Ihm fehlt Ehre, Ihm fehlt, was den Mann erhöhht: Menschheitsolidarität!

Willst Du sein ein Mann von Ehre, Pflichtbewußt, voll Bruderfynn, Willst Du, daß kein Mensch entbehe Dieser Welt Kulturgewinn — Dann mußt Du mit Deinesgleichen Dir zum Bund die Hände reichen!

Stets zum Ganzen sollst Du streben! Und das Ganze, das da schaltet Dir zu Nutz und Dir das Leben Wirklich lebenswert gestaltet, Das uns brüderlich umspannt, Dies, mein Freund, ist der Verband!

Das begreife: Der Verband, Das bist Du, und Du bist wieder Mit den andern der Verband! Alle sind wir gleiche Glieder, Gleiche Brüder — Recht und Pflicht Gleich verteilt in gleichem Licht!

Darum strebe zu dem Ganzen! Denn erst dann bist Du das Ganze, Hilfst ein besseres Leben pflanzen Schaffensstark im Frühlingglanze! Sei ein Kämpfer, sei ein Mann: Schließ' Dich an das Ganze an!

12.945.50 Fmt. Begräbnisunterstützungen sind bei 18 Todesfällen erlegt, insgesamt 4080 Fmt. Das Unterstützungsamt der Zentralorganisation hat 18.190 Fmt. als Beihilfenunterstützungen verteilt. Die Gesamtsumme der Unterstützungen ist 35.215.50 Fmt.

Die Monatschrift des Verbandes „Ritvithomies“ ist einmal des Monats herausgegeben und den Abteilungen für Distribution unter den Mitgliedern zugefandt. Der Preis der Publikation ist 35 Penni pro Exemplar gewesen.

**Oesterreich.** Eine rege Betriebsamkeit und Produktion war im Jahre 1921 in der gesamten Steinindustrie nicht zu verzeichnen, doch wurden immerhin die Steinarbeiter etwa dreiviertel Jahr voll beschäftigt. Erst im letzten Quartal des Jahres 1921 war eine Stodung im Absatz wahrzunehmen und dadurch wurden geringe Arbeiterentlassungen vorgenommen. Die Marmorindustrie hatte durch die Möbel- und Luxusarbeit, die zumeist für das Ausland geliefert wurde, gute Beschäftigung, durch das Sinken des Marktwertes einerseits und des Stillstandes im Falle des Kronenwertes andererseits. Die Konkurrenz für Oesterreich nicht mehr unangekündigt, so daß zu Ende des Jahres 1921 der neu eroberte Auslandsmarkt zum Teil wieder verloren ging. Der Absatz im Inland ist nur gering, weil infolge der schwachen Kaufkraft der Krone nur reiche Leute sich Ausstattungsgegenstände aus Marmor anschaffen können; die Bausteintriebe liegen brach. Kennzeichenwertes kann, wegen der hohen Baukosten, nicht gebaut werden und bei den Kleinwohnungs- und Siedlungsbauten ist für die Steinindustrie fast keine Beschäftigung. Die Grabsteinindustrie leidet unter den hohen Verkaufspreisen und sind nur sehr begüterte Leute in der Lage, einen Grabstein zu kaufen. Der Verkauf stößt und die Beschäftigung der Arbeiter im letzten Viertel des Jahres 1921 ist fast gänzlich eingestellt.

Nicht besser ist es in der Plasterstein- und Schotterindustrie. Die öffentlichen Körperlichkeiten lassen nur das Allerdingende machen. Es fehlt überall an den notwendigen Mitteln. Die Straßenbahnkörper und sonstige Kommunikationswege gehen langsam dem Verfall entgegen, da vielfach seit Ausbruch des Weltkrieges nicht, oder nur wenig erneuert wurde. Viele Milliarden Kronen müßten aufgewendet werden, um die Verkehrswege in Oesterreich so in stand zu setzen, wie sie vor dem Kriege waren. Alles scheitert eben an den hohen Kosten, die die Entwertung der Krone herbeigeführt hat. An einigen Beispielen ist es klar zu ersehen. Ein Granitplasterwürfel kostet an der Betriebsstätte 600 Kr., am Verwendungsort in Wien geschäft 800 Kr. Ein Quadratmeter Granitplaster hergestelt 35.000 Kr. bis 40.000 Kr. Ein Kubikmeter Granitplaster bis zur Baustelle geführt 12.000 bis 15.000 Kr.; Kalksteinschotter und Sand ist nur um ein Geringes billiger. Auch die Kalkindustrie, die zumeist von der Bautätigkeit abhängt, ist nur schwach beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit ist auf allen Gebieten der Steinindustrie im Sterben begriffen. In diese Krise fällt nun noch der Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse für die Arbeiter, wodurch die notwendigen Lebensmittel wie Brot, Mehl und Fleisch von Woche zu Woche im Preise steigen. Die wirtschaftliche Lage des Arbeiters verschlechtert sich immer mehr.

**Belgien.** Die Rechnungsbilanz weist folgende Zahlen auf: Raffinestand total 682.694.18 Eis.

Die Streiks, welche sich das ganze Vierteljahr hindurchzogen, sind diejenigen von Cognies mit 260 Beteiligten, derjenige von Antoiny mit 220 Mitgliedern und derjenige von Bouffeur und Umgebung, also über 1000 Mann in Veracht fallen. Alle diese Streiks hatten schon im 4. Quartal des Vorjahres ihren Anfang. Eine schreckliche Krise besteht in der Sandsteinindustrie, seit 7. Januar ruhen die in Frage kommenden Betriebe vollständig. Die Unternehmer geben sich alle Mühe, um diese Krise auszuweichen, die Verträge zu brechen und die Löhne herabzusetzen. Es ist ihnen aber bis heute nicht gelungen, dank der Einigkeit der Kollegen. Auch die Unternehmer der übrigen Steinindustriegruppen setzen der Durchführung des 8-Stunden-Tages die größten Schwierigkeiten entgegen. Mit Spannung wird ein Entscheid der Landesbehörde erwartet, der sich dahingehend aussprechen muß, ob die Steinindustrie ein Saisongewerbe sei, bei welchem eine Verlängerung der Arbeitszeit möglich wäre. Das Arbeitsministerium empfindet eine Lösung derart, daß während 8 Monaten achteinhalb Stunden gearbeitet werde und 4 Monate sieben Stunden, um so den durchschnittlichen 8-Stunden-Tag zu erhalten. Unterhandlungen mit den Unternehmern sind in Aussicht. Die große Mehrzahl der Mitglieder arbeitet im Maximum 8 Stunden pro Tag.

Die Kollegen in Tournaisis stehen ebenfalls im Begriff, die Arbeit niederzulegen, auf Grund von Lohnkürzungen, die mit dem Streik in Antoiny zusammenhängen.

In der Kammer kämpfen unsere Deputierten Schevenels und Delor für die Hebung der einheimischen Steinindustrie.

Am 4. Juni und folgende Tage findet in Brüssel der ordentliche Vollversammlung statt, aus den Traktanden entnehmen wir: Beitragsfrage, Neuorientierung der Organisation, Arbeitslosenreglement und Fusion mit den Steinkehrern. Aus den Berichten ist speziell zu ersehen, daß die Arbeitslosenfrage einer Reorganisation bedarf, die Finanzen können in gegenwärtiger Zeit nicht genügen und sind Beiträge vorgezogen von 2.50, 3.50 und 5 Fr. pro Monat. Für die Streiks wurden Sammlungen veranstaltet und sind bisher über 20.000 Fr. eingegangen. Die Fusion mit den Steinkehrern wird deshalb als Notwendigkeit empfunden, weil das Internationale Sekretariat der Steinkehrer eingegangen ist und sich mit demjenigen der Steinarbeiter verschmolzen hat.

(Bereits ist auch der deutsche Steinarbeiterverband unserm internationalen Sekretariat definitiv beigetreten und haben sich die Organisationen in Italien und Tschechoslowakei in ähnlichem Sinne geäußert.)

**Italien.** Dem Bauarbeiterverband sind 56 Sektionen der Steinarbeiter mit 3612 Mitgliedern angeschlossen. Die Unternehmer haben im ganzen Land alle Arbeitsverträge gekündigt. Die wichtigsten derselben bezogen sich auf die Städte Genua, Padua, Turin, Mailand, Brescia, Varese, Biella, Triest, Lissone, Savona, Reggio Emilia, Venedig usw. Unterhandlungen sind für die nächste Zeit vorgesehen.

Bezüglich der Emigration italienischer Steinarbeiter haben die in Frage kommenden Landesorganisationen ihre Richtlinien getroffen und besteht heute keine Gefahr auf irgendwelches schädliche Vorgehen. Die Kontrolle wird gegenseitig durch die italienische Organisation und das Internationale Sekretariat vorgenommen.

**Schweiz.** Im ersten Quartal war noch mit einer allgemeinen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Bauherren halten mit Arbeiten zurück, die Verbilligung der Materialpreise und Löhne abwartend. Die Unternehmer haben wirklich auch diese Situation ausgenützt und konnten sie in einigen Orten die Löhne etwas weniger erniedrigen. Immerhin bestehen in den größeren Zentren immer noch Arbeitsverträge, die bis zum nächsten Jahre ausgedehnt werden konnten. Eine merkliche Verbilligung der Lebenshaltung ist noch nicht eingetreten, wohl weisen die Preise für Lebensmittel ein Fallen auf, aber die Steuern und Wohnzinsen sind unbeeinträchtigt geblieben, sogar teilweise noch gestiegen. Dank der guten Organisation gelang es den Sandsteinbauern bereits überall ihre Position zu wahren. Für die Marmorbranche wurde der Landesvertrag wiederum für ein Jahr erneuert, jedoch mußten hier Lohnreduktionen angenommen werden.

In der Steinbranche ist der Naturstein bereits ganz verschwunden, einzig Renovationen werden in demselben ausgeführt, alle neueren Arbeiten werden in Kunststein erstellt. Durch den Krieg, Abwanderungen und Ausweisungen ist die Zahl der Steinarbeiter bedeutend gesunken.

**Frankreich.** Der alte Bauarbeiterverband hatte schon im letzten Jahr geschrieben, daß er nach dem 1. Januar 1922 keine Beiträge mehr an verschiedene internationale Sekretariate entrichte. Tatsächlich hat der Verband auch trotz wiederholten Ermahnungen die Bezahlung des Beitrages pro 1921 unterlassen. Wir haben die Verbandsleitung nun definitiv angefragt, ob sie bei ihrem Beschluß bleiben, eine Antwort ist noch nicht eingegangen.

## Zentralverband in Nöten.

Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich die „Steinarbeiterzeitung“, das Blättchen des Berufsverbandes der Steinarbeiter (früher nannte man sich „Christlicher Keramik- und Steinarbeiterverband“) mit uns, weil wir gezwungen waren, den Terror eines Geistlichen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wie es nun im christlichen Lager Mode ist, versucht man die Angelegenheit nicht sachlich zu widerlegen, sondern schimpft über den „sozialdemokratischen“ Zentralverband und schreibt unter anderm:

„In der Eifel hatte der sozialdemokratische Steinarbeiterverband eine Zahlstelle gegründet, die aber bald wieder einging.“

Schon dieser Satz stellt in seinem zweiten Teil eine Unwahrheit dar. Die Zahlstelle Hofseld wurde 1919 gegründet und wurde, wie von uns dargelegt, durch den Geistlichen aus Kirmtuscheld zerstört. Weiter schreibt das Blättchen, in unserem Artikel hätten wir eine Schimpfkanonade gegen die Geistlichkeit losgelassen. Auch dieses ist eine Unwahrheit, sondern wir haben lediglich die zerstörende Arbeit des genannten Pastors der Öffentlichkeit unterbreitet. Es wird zu bestreiten versucht, daß der „Seelenhirte“ unumjhränkte Gewalt besitzt, und daß er unsern Kollegen die heiligen Sakramente so lange verweigert habe, bis sie dem roten Verband den Rücken gekehrt hätten.

Wir erklären nochmals, daß unsere Behauptungen der Wahrheit voll entsprechen, und daß der betreffende Pfarrer seit mehr als einem Jahre die Kanzel und den Beichtstuhl dazu mißbraucht hat, dem „christlichen Berufsverband der Steinarbeiter“ auf die die Beine zu helfen. Wir stellen auch weiter fest, daß die dortigen Kollegen lange diesem Terror gegenüber Stand gehalten haben, denn wiederholt waren christliche Sekretäre dort, um die Kollegen dem „sozialdemokratischen“ Steinarbeiterverband zu entführen, aber immer erfolglos. Und wir wagen sogar zu behaupten, daß, als man diese Erfolglosigkeit ein sah, der Pastor zu Hilfe gerufen wurde. Wir kennen ja die Weise und kennen auch den Text, und wollen unsere sachlichen Darlegungen über die verwerfliche Tätigkeit des Pfarrers noch eine weitere hinzufügen:

Die Kinder unserer Kollegen müssen aus Mangel an einer Schule in Hofseld nach einem sehr abgelegenen anderen Ort zur Schule gehen. Um diesen Mißstand abzustellen, beschloß die Gemeinde, selbst eine Schule zu bauen. Doch rechnete sie nicht mit dem allgewaltigen bereits erwähnten Pfarrer. Dieser brachte es nämlich fertig, daß die Schule nicht errichtet wurde. Die Kinder dürfen nun nach wie vor, im Sommer und Winter, in Eis und Schnee, den weiten Weg zur Schule gehen. Ob das christlich ist? Der ganze Ort war darüber empört, doch darf es ja niemand wagen, dem Herrn entgegenzutreten. Damit haben wir den weiteren Beweis erbracht, daß die Herren einen unbeschränkten Einfluß ausüben.

Von diesen ganzen Vorgängen ist den Herren vom christlichen Steinarbeiterverband angeblich nichts bekannt. Wir haben nichts anderes erwartet, denn mit der Anerkennung der Wahrheit auf diesem Pfarrer-Terror-Gebiet wurde es im christlichen Lager noch nie genau genommen. Ist man nicht in der Lage, die sachlichen Darlegungen zu widerlegen, wird geschimpft, und verübt die „religionsfeindlichen freien Gewerkschaften“ zu verächtlichen. Alle abgeleitete Taktik! Denn in echt jesuitischer Weise wird darzustellen versucht, als ob die Kollegen sich von uns abgewandt hätten, weil wir in den Versammlungen „gegen die Religion“ gearbeitet hätten. Diese grobe Unwahrheit müssen wir niedriger hängen. In unseren Versammlungen werden Berufs- und Wirtschaftspragen erörtert, wobei allerdings auch die christliche Organisation als das gewürdigt wird, was sie ist, als eine überflüssige Konkurrenzorganisation, die durch ihr Dasein und Wirken die Stozkraft der Lohnarbeiter auf allen Gebieten schwächt, und so bewußt und unbewußt die Geschäfte der Unternehmer besorgt. Die anderen unehrlichen Behauptungen allgemeiner Natur sichten wir dem Blättchen, denn es hiesse der Bedeutungslosigkeit des „Berufsverbändchens“ zu große Beachtung schenken. Festhalten wollen wir jedoch nochmals, daß nicht der leiseste Versuch gemacht wurde, die sachlichen Darlegungen unserer Notiz zu widerlegen, weil es nichts zu widerlegen gibt.

## Die Frauen als Schöffen und Geschworene.

Ein weiterer und wichtiger Schritt auf dem Wege der Gleichberechtigung der Frau ist erfolgt: ihre Zulassung zum Schöffen- und Geschworenennamte. Jahrzehntelang ist namentlich bei der Sozialdemokratie darum gekämpft worden. Die fadensteinigsten Einwendungen sind immer gegen die Forderung erhoben worden, so zum Beispiel daß die Frau nicht genügend selbständige Urteilskraft besitze und sich zu sehr von ihren Empfindungen und ihrem Gefühl leiten lasse usw. Mit diesen Hinweisen haben sich erst nach die Verbände der Juristen und Richter im vergangenen Jahr gegen die beabsichtigte Neuerung ausgesprochen. Sie ist aber doch gekommen, weil sich Notwendigkeiten geschichtlicher und kultureller Entwicklung nun einmal nicht aufhalten lassen.

Das neue „Gesetz über Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenennamte“ ist im Reichsgesetzblatt vom 5. Mai 1922 enthalten. Es besteht in einer Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes. Dieses organisiert unsere Rechtspflege, namentlich den Aufbau und die Zuständigkeit der Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und des Reichsgerichts. Für die Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen sind bei den Amtsgerichten Schöffenengerichte gebildet worden. Es ist genau festgelegt, welche Sachen von den Schöffenengerichten zu erledigen sind: Alle Uebertretungen, solche Vergehen, die im Strafgesetzbuch mit Gefängnis von höchstens drei Monaten bedroht sind; alle nur auf Antrag zu verfolgenden Verleidigungen und Körperverletzungen, wenn die Verfolgung im Wege der Privatklage geschieht, geringere Diebstähle usw.

Die Schöffenengerichte, die also eine besondere Abteilung der Amtsgerichte bilden, bestehen aus dem Amtsrichter als Vorsitzenden und zwei Schöffen. Hier ist nun durch das in Frage stehende neue Gesetz der Zusatz angegliedert worden: Mindestens ein Schöffe muß ein Mann sein. Hieraus geht also hervor, daß im übrigen auch Frauen als Schöffen zugezogen werden können. Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. Das Gesetz trifft noch Bestimmungen darüber, wer zum Amte eines Schöffen unfähig ist (z. B. wer die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat), wer zum Amte eines Schöffen nicht berufen werden soll (z. B. wer das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wer den Wohnsitz in der Gemeinde, aus der er gewählt wird, noch nicht zwei Jahre hatte, Volksschullehrer usw.) und wer die Berufung zum Amte eines Schöffen ablehnen darf (z. B. wer das 65. Lebensjahr vollendet hat, wer die mit der Ausübung des Amtes verbundenen Aufwendungen nicht zu tragen vermag usw.).

Die Wahl eines Schöffen kommt wie folgt zustande: Jede Gemeinde hat alljährlich ein Verzeichnis der in dieser wohnhaften Personen, die zu dem Schöffennamte berufen werden können, aufzustellen (Urliste). Diese ist nach öffentlichem Hinweis eine Woche lang zu jedermanns Einsicht auszuliegen. Gegen ihre Richtigkeit oder Vollständigkeit kann Einspruch erhoben werden. Der Gemeindevorsteher sendet die Urliste an den Amtsrichter des Bezirks. Dieser stellt die Urlisten des ganzen Bezirks zusammen. Bei dem Amtsgericht tritt alljährlich ein Ausschuss zusammen, der das weitere besorgt. Er besteht aus dem Amtsrichter und einem Staatsverwaltungsbeamten und sieben Vertrauensmännern als Beisitzern. Diese werden nach den näheren Bestimmungen der Landesgesetze aus den Einwohnern des Amtsgerichtsbezirks gewählt.

Dieser Ausschuss wählt nun für das nächste Geschäftsjahr aus der Urliste die erforderliche Zahl von Schöffen und die erforderliche Zahl derjenigen Personen, die in der vom Ausschuss festzusetzenden Reihenfolge an die Stelle auscheidender Schöffen treten (Hilfsschöffen). Es soll jeder Schöffe zu höchstens fünf ordentlichen Sitzungstagen im Jahre herangezogen werden. Die Reihenfolge ihrer Beteiligung wird durch Auslosung in öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts bestimmt. Das Los zieht der Amtsrichter. Die Ge-

wählten werden mit Angabe der Lage, an denen sie in Tätigkeit treten sollen, in Kenntnis gesetzt. Das neue Gesetz bringt noch die Bestimmung, daß Frauen, welche glaubhaft machen, daß ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert, die Berufung als Schöffe zurückweisen können. Alle Ablehnungsgründe sind aber innerhalb einer Woche vorzubringen. Ist für eine Sitzung eine Frau ausgelost worden, so sind weitere auf eine Frau fallende Auslosungen für diese Sitzung unwirksam. Die Schöffen erhalten für ihre Tätigkeit eine Vergütung und Reisekosten. Wird zu einzelnen Sitzungen die Zuziehung anderer als der zunächst berufenen Schöffen erforderlich, so erfolgt dieselbe aus der Zahl der Hilfsschöffen nach der Reihenfolge der Jahresliste. Hierbei soll nach den neuen Vorschriften zunächst an Stelle eines zunächst berufenen Mannes ein Mann, an Stelle einer zunächst berufenen Frau eine solche treten.

Das Gerichtsverfassungsgesetz sieht auch vor, daß zur Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen bei den Landgerichten periodisch Schwurgerichte zusammenzutreten. Sie bestehen aus drei richterlichen Mitgliedern und aus zwölf zur Entscheidung der Schulfrage berufenen Geschworenen. Auch dieses Amt kann nunmehr von einer Frau ausgeübt werden. Die Urliste für die Auswahl der Schöffen, die vorstehend beschrieben ist, dient zugleich als Urliste für die Auswahl der Geschworenen. Die Vorschriften über die Berufung zum Schöffennamte finden auch auf das Geschworenennamte Anwendung. Der alljährlich bei dem Amtsgericht für die Wahl der Schöffen zusammenzutretende Ausschuss hat gleichzeitig diejenigen Personen aus der Urliste auszuwählen, die er zu Geschworenen für das nächste Jahr vorschlägt. Beim Landgericht wird dann ebenfalls ein Ausschuss gebildet, der aus der Vorschlagsliste die notwendige Zahl der Haupt- und Hilfsgeschworenen auswählt. Ihre tatsächliche Zuziehung geschieht ebenfalls auf Grund einer Auslosung in öffentlicher Sitzung. Das Los wird vom Präsidenten gezogen. Zwischen der Zustellung und der Ladung zur Teilnahme an der Sitzung soll zunächst eine Frist von einer Woche, mindestens aber von drei Tagen liegen. Niemand soll für dasselbe Geschäftsjahr als Geschworener und als Schöffe bestimmt werden. Geschieht es trotzdem, so hat er nur das Amt zu übernehmen, zu dem er zuerst berufen wurde.

Das Hauptaugenmerk ist also zunächst darauf zu richten, daß bei der Aufstellung der Urlisten durch den Gemeindevorsteher die berufungsfähigen Frauen mit aufgenommen werden. Die Zusammenstellung der Listen hat in allen nächsten Zeit wieder stattzufinden. Die Frauen sollten daher in die nach Fertigstellung auszulegenden Listen Einsicht nehmen und Einspruch erheben, wenn in der Vollständigkeit der Listen Mängel bestehen. Der Einspruch kann schriftlich oder mündlich (zu Protokoll) beim Gemeindevorsteher oder Bürgermeister geschehen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich die Frauen auch in diese ihnen nunmehr offen stehenden Ämter als Schöffen und Geschworenen hinfinden werden. Sie werden sicher dazu beitragen, daß die Urteile in Strafsachen mancher menschlichen Frage und Begebenheit mehr Verständnis entgegenbringen. Damit werden hoffentlich aus den bisherigen Gegnern bald Freunde der neuen Einrichtung werden.

## Aus den Zahlstellen.

**Kelheim.** In der am 21. Mai erlebigen Mitgliederversammlung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Anton Lindner, zu dessen Andenken sich die Kollegen von ihren Ecken erhoben. Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende Schmid einen Ueberblick über die Lohnbewegung im unterfränkischen Müschelfeldgebiet, die auch für uns maßgebend ist. Weiter bedauert der Vorsitzende, daß Gauleiter Schmidt (Wunsiedel) es unterlassen hat, die Zahlstelle über den Verlauf der Lohnverhandlungen zu unterrichten und wir erst durch den „Steinarbeiter“ Nr. 18 Kenntnis davon erhielten, daß die Kollegen im unterfränkischen und bairischen Müschelfeldgebiet im Streik stehen. Zur Frage: Extrazusteuern wegen den ausgeperrten Metallarbeitern stellte sich die Versammlung einstimmig auf den Standpunkt, die in Frage kommenden Kollegen der Metallindustrie mit allen Mitteln zu unterstützen, so wie es vom Verbandsvorstand angeordnet wird. Eine lebhafteste Debatte entwickelte sich über Punkt Verschiedenes, wobei, wie immer, als Hauptthema auf Betriebsmißstände, die besonders im Betriebe der Firma Kuhn & Lazarus mitunter sehr traurig auftreten. Diese Firma glaubt nämlich immer, daß es für sie Extrazusteuern (nach Dr. Heimischen Rezept) gibt und über alle berechtigten Ansprüche der Arbeiter hinweggehen kann. Mit Recht wies der Vorsitzende Schmid die Kollegen obgenannter Firma darauf hin, daß eben jede Firma „ihre Arbeiter“ so behandelt, wie sie es verdienen, nachdem sich doch gezeigt hat, daß die Belegschaft den Betriebsrat bei der Wahrung von Arbeiterinteressen im Stiche ließ. Nachdem noch einige Punkte erledigt wurden, schloß der Vorsitzende nach zweistündiger Dauer die Versammlung mit dem Appell, die Kollegen möchten in Zukunft stärker teilnehmen; auch die Worthelden am Bierisch, die in der Versammlung fehlen.

**Fürstened.** In unserer Zahlstelle fehlt es noch sehr an gesellschaftlicher Erkenntnis. Kritisiert und geschimpft wird genug; doch wenn es gilt, durch Taten etwas zu beweisen, dann ist es vorbei. Die Beitragsberechtigung im verfloffenen Jahr und jetzt wieder die Extrazusteuern für den erlebigen Kampf der süddeutschen Metallarbeiter gaben den Beweis, wo es noch fehlt. Die Solidarität darf in der Arbeiterbewegung kein leeres Wort bleiben, sondern wir müssen helfen, wo es angebracht ist. Der Metallarbeiterkampf hat sicher gezeigt, um was es sich handelte und gerade wir Steinarbeiter haben ein besonderes Interesse am Kampf um die verfürzte Arbeitszeit. Deshalb sollte ein einmütiger Beitrag von 5 M. pro Woche keine Kritik finden. Die Steinarbeiter Münchens haben bereits wochenlang ihre Solidarität durch erhebliche Extrazusteuern bezeugt und was die Kollegen in den Großstädten auf diesem Gebiet leisten, sollte unbedingt die Kollegen in den ländlichen Orten anspornen. Wer bei solchen Gelegenheiten sagt: „Für uns wird auch nicht gesammelt!“, der zieht am besten eine Pfiffelmütze über die Ohren und erhebt keinen Anspruch darauf, als organisierter Arbeiter zu gelten. Dasselbe trifft auch auf die Beitragsleistung zu. Wer will, daß seine Organisation kampffähig ist, wer will, daß der Verband ihm eine wirkliche Stütze bildet im Daseinskampf, der darf durchaus nicht nörgeln in der Beitragsbemessung. Er muß seiner Organisation geben, was sie benötigt, wer sich dagegen auflehnt, hat die Notwendigkeit des Zusammenstehens noch nicht begriffen. Kürzlich stand aus anderem Anlaß bereits ein Verschen im „Steinarbeiter“, was sich alle diese Kollegen, denen die Solidaritätsbedeutung schwer fällt, merken sollten, es lautete:

„Mann mit zugeknöpften Taschen, dir tut keiner was zu lieb, Hand wird nur von Hand gewaschen; wenn du nehmen willst, so gib!“

**Craißheim.** Zur Erwiderung auf den Artikel der Zahlstelle Schopfloch in Nr. 19 des „Steinarbeiters“ unter der Rubrik Aus den Zahlstellen: Es ist nicht wahr, daß die Firma Schön und Hippelstein auf den Stundenlohn von 15 M. noch eine weitere Zulage von 1 M. bis 1.50 M. für Schopflocher Kollegen bezahlen wollte. Wahr ist, daß Schopflocher Kollegen hinter dem Rücken der anderen Kollegen sich eine Extrazulage von 50 Pf. verschafft haben. Bei der damaligen Lohnbewegung im März hatten die Schopflocher die Absicht, eben auf dem gleichen Wege, so wie die Sonderzulage zustande gekommen ist, zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, stellte Kollege Ehrmann den radikalen Antrag, eine Forderung mit ultimativem Charakter einzureichen. Der Antrag wurde auch angenommen; trotzdem ein Gegenantrag gestellt war. So prompt wie die Forderung eingereicht wurde, so prompt wurde sie auch von der Firma abgelehnt. Die Schopflocher Kollegen hatten ihr Ziel nicht erreicht; aber nebenbei war die ganze Lohnbewegung in eine Sadgasse geraten. Kollege Sarfert hatte nun die Ehre, den Karren wieder ins Geleise zu bringen. Nun glaubten wir, die Lohnbewegung gehe jetzt ihren normalen Lauf. Wir täuschten uns aber; die Schopflocher wandten neue Tricks an. Kollege Sahnlein, Friedrich, mußte Forderungen ankündigen, und erst auf dieses hin wollte die Firma den Schopflochern eine weitere Extrazulage gewähren, den anderen

nützlich nicht. Der Lohn war damals noch 13 M. Dieser Zwischenfall hat sich abgeklärt während der Zeit, als der Betriebsobmann Kollege Nagel in Karlsruhe war und sich mit Gauleiter Sarfert befreundete, wie am erfolgreichsten die Bewegung zum Abschluß gebracht werden kann. Nach dieser Aussprache sollte die Forderung durch Gauleiter Sarfert neu eingereicht werden. Kollege Nagel von Karlsruhe zurückkommend, traf die Lohnbewegung in ganz neuem Stadium an. Unter diesen Umständen war es zweckdienlich, so rasch wie möglich zu einem Abschluß zu gelangen. Am 23. März wurde der neue Vertrag abgeschlossen, und zwar im Einverständnis mit allen Kollegen. Auch die Schöpflöcher Kollegen waren mit einverstanden, wenn sie auch etwas verschmupft waren, weil die weitere Extrazugabe ausblieb. Vereinhart wurde, ab 27. März bis 1. Mai 15 M., für Schöpflöcher 15.50 M. Ende März wurde der neue Tarif für das Baugewerbe bekannt, der für Crailsheim einen Lohn von 16.40 M. vorsah. Nun ging der Teufel los, ganz besonders war es jetzt der Kollege Nagel, dem man glaubte die Schuld aufhalsen zu können, weil wir jetzt einen geringeren Lohn haben, wie die Maurer. Jetzt sollte der Vertrag umgestoßen werden, ohne Rücksicht und Heberlegung, was dieses in Zukunft für Folgen bringen könnte. Solchen Machinationen wurde von der Lohnkommission, sowie von den Crailsheimer Kollegen ganz entschieden entgegengetreten. Was der „Spitter“ anbelangt, so ist Kollege Nagel, sowie die anderen Kollegen von Crailsheim der Ansicht, daß jeder Kollege dort seine Beiträge bezahlt, wo er arbeitet, wenn er nicht ältere Rechte in einer anderen Zahlstelle besitzt. Dies trifft in der Zahlstelle Schöpflöcher nicht zu; dennoch weigerten sich anfangs die Brüder Wilhelm und Friedrich Sahnlein ihre Beiträge hier zahlen zu wollen. Aus diesem Grunde stellte Kollege Nagel in der Versammlung, in der Anträge zum Verbandstag zur Beratung standen, den Antrag, die Zahlstelle Schöpflöcher aufzulösen, um den alten Streit, den man glaubte, durch den Krieg und die Revolution begraben zu haben, nicht wieder neu auflieben zu lassen. Im übrigen wurde der Antrag vom Kollegen Nagel wieder zurückgezogen, indem die Brüder Sahnlein sich bereit erklärten, ihre Beiträge hier zahlen zu wollen. Das Recht, was für Anträge wir zu den Verbandstagen stellen dürfen, lassen wir uns von der Zahlstelle Schöpflöcher nicht vornehmen, ebensowenig Kollege Nagel, und wahrscheinlich auch der Zentralvorstand nicht. Daß die Zahlstelle Schöpflöcher sich so sehr für die richtige Vertragsleistung interessiert, freut uns, und wir wünschen, daß es in Zukunft so bleibt. Seit 1. April führen wir zum größten Teil nur 1. Klasse, nur die Steinbrecher in Schnelldorf Klasse 5. Klasse. Für die Zukunft möchten wir der Zahlstelle Schöpflöcher raten, als Gewächsmann sich eines anderen Mannes zu bedienen als des Kollegen Ehrmann. Es sind in unserer Zahlstelle auch einige andere Kollegen von Schöpflöcher, die anders denken; natürlich wurden diese, gleich uns, von ihren eigenen Landsleuten ebenfalls hintergangen. Der Herr von Goethe, den uns die Zahlstelle Schöpflöcher zurufen will, paßt zu dem Verhalten des Kollegen Ehrmann sehr schlecht und wäre diesem gegenüber viel angebrachter; ob mit Erfolg, ist eine andere Frage. Anderwärtsige Kollegen, wo in früheren Jahren schon hier gearbeitet haben, werden übrigens den Artikel der Zahlstelle Schöpflöcher zu würdigen wissen.

(Redaktion:) Damit ist im „Steinarbeiter“ Schluß in dieser Sache. Was etwa noch zu sagen bleibt, mögen die Orte in gemeinschaftlicher Aussprache klären und dann ihre Verständigung im Versammlungsbericht zum Ausdruck bringen. Ueber eine solche Verständigung werden die übrigen Kollegen Deutschlands sich am meisten freuen.

## Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(W. W. B.) Durch alle öffentlichen Erörterungen über die Wirtschaftslage mögen sie nun in den geachteten Körperschaften oder auf den Tagungen großer Verbände stattfinden, zieht sich wie ein roter Faden der Hinweis auf die uns drohende Wirtschaftskrise. Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt zwar durchaus keine Krisensymptome, wohl aber tauchen an den Warenmärkten und im Außenhandel Erscheinungen auf, die man nicht außer acht lassen sollte. Im vergangenen Winter haben sich z. B. die Bestellungen bei der Textilindustrie in einer nie vorher gekannten Weise gehäuft und noch auf den Messen in Leipzig und Frankfurt hielten es die Fabrikanten für richtig, einen großen Teil der ihnen angebotenen Aufträge abzulehnen und nur diejenigen Bestellungen hereinzunehmen, die ihnen besonders vorteilhaft zu sein schienen. Im Verlaufe weniger Wochen hat sich nun aber gerade im Textilgewerbe die Lage sehr geändert. Die ungeheuerlichen Preissteigerungen an den Lebensmittelmärkten legen fast dem ganzen deutschen Volk eine starke Einschränkung der Ausgaben für Bekleidung auf. Dieser Zusammenhang zwischen Lebensmittelteuerung und Geschäftsgang im Bekleidungsgebiete dürfte in den kommenden Monaten noch deutlicher in der Erscheinung treten. Die Konfektion, die bisher sehr große Aufträge an das Textilgewerbe begeben hatte und häufig viel mehr bestellte als sie wirklich abnehmen kann, da sie mit der Wahrscheinlichkeit einer nur teilweisen Belieferung rechnete, befindet sich jetzt in einer ziemlich bedenklichen Situation. Sie ist auf der einen Seite von der Absatzkrise bedroht und muß auf der anderen Seite noch große Lieferungen abnehmen. Infolgedessen häufen sich seit einiger Zeit im Textilgewerbe die Aufträge inländischer Besteller auf Annulierung der Orders. Aber auch die ausländischen Abnehmer benutzen jede sich bietende Gelegenheit, um ihre Bestellungen rückgängig zu machen. Als Vorwand dient ihnen häufig die nicht genaue Einhaltung von Lieferungsfristen seitens der deutschen Fabriken. Aus verschiedenen Industriebezirken wird gemeldet, daß zahlreiche ausländische Besteller ihre Orders zurückgezogen und auf Rückerstattung der geleisteten Anzahlungen gedrungen bzw. gerichtlich geklagt haben. Dieses Vorgehen der Ausländer erscheint verständlich, wenn man bedenkt, daß England augenblicklich große Mengen von Stoffen usw. zu Preisen auf den Weltmarkt wirft, die kaum noch höher sind als die deutschen Preise. Die Vorgänge, die wir im Textilgewerbe beobachten, kündigen sich auch schon in anderen Branchen an. Eine Verschlechterung des Exportgeschäftes ist aber für die deutsche Industrie besond. deshalb gefährlich, weil auch die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes bis zu einem gewissen Grade erschöpft ist. Augenblicklich wird allenthalben in Deutschland noch in rasendem Tempo fabriziert. Die Erzeugnisse der meisten Industrien sind noch auf Monate hinaus ausverkauft. Allerdings zeigt das Beispiel des Textilgewerbes, daß unter heutigen Verhältnissen unter Umständen der größte Auftragsbestand nur geringe Sicherheiten bietet. Wirtschaftskrisen treten heute nicht mehr allmählich, sondern mit einer gewissen Plötzlichkeit ein. Deshalb verdient die Wirtschaftslage augenblicklich ganz besondere Beobachtung.

**Der Arbeitsmarkt in den deutschen Großstädten.** Die flotte Beschäftigung der Industrie und die fortschreitende Verminderung der Arbeitslosenziffern hat bis in die letzten Tage des Monats Mai angehalten. Nach den Meldungen von 383 deutschen Städten (über 10 000 Einwohner) betrug die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen an diesen Plätzen am 13. Mai d. J. 42 509 gegen 46 259 in der vorangegangenen Woche — Mitte Januar d. J. stellte sich aber die Zahl der Arbeitslosen für fast genau den gleichen Preis von Städten auf rund 123 000 —. Von den jetzt noch vorhandenen Arbeitslosen entfällt bei weitem der größte Teil auf eine kleine Anzahl von Großstädten, während aus den Industriebezirken und von den ländlichen Arbeitsnachweiser ein starker Mangel an Arbeitskräften gemeldet wird.

Es ist bezeichnend für die Lage des Arbeitsmarktes in Westdeutschland, daß Düsseldorf nur 31, Essen 55, Aachen 31 und Mannheim 37 Erwerbslose melden.

**Die gefährlichste Monopolverwaltung.** Man zerbricht sich in der Öffentlichkeit häufig den Kopf darüber, wie es möglich ist, daß die staatlichen Spiritusmonopolbetriebe bisher verhältnismäßig schlechte Geschäfte gemacht haben, während die private Likör- und Spiritusindustrie größere Gewinne erzielt denn je zuvor. Hier scheinen doch irgendwelche Regiefehler vorzuliegen. Ein Auktionär eines bekannten Spirituskonzerns, der sich wegen des

niedrigen Standes seiner Papierchen Sorgen machte, erhielt von der Verwaltung auf seine diesbezügliche Anfrage folgende beruhigende Antwort: „Momentan liegen nicht weniger als 25 Millionen Mark Auftragsbestände vor. Der Werbungspreis unserer Ware ist ein ausgezeichnetener. Vielleicht haben Sie aus den Zeitungen schon von dem Riesenspreiteinkauf eines norddeutschen Konzerns gelesen, der am Tage vor der Preissteigerung durch das Monopolamt noch für über 50 Millionen Mark Spiritus zu alten Preisen kaufte. Es handelt sich bei diesem Konzern um den X (Name)-Konzern. Der alte Spirituspreis war 85 Mark, der neue Spirituspreis ist 125 Mark per Liter Weingeist. Wenn Sie berücksichtigen, daß allein an diesem einen Einkauf ein Konjunkturgewinn von, niedrig gerechnet, 15 Millionen Mark steht, so werden Sie ermessen können, wie wenig an dem Ihnen zu Ohren gekommenen Gerücht daran ist.“ In diesen Ausführungen liegt allerdings eine herbe Kritik der Preispolitik des Monopolamts.

## Rundschau.

**Aus der Steinindustrie.** Die Handelskammer zu Zittau hat schon bei anderen Gelegenheiten versucht, der Natursteinindustrie fördernd beizutreten; untern 19. Mai hat sie an die Friedhofsverwaltungen des Bezirks in der Frage der Aufstellung polierter Grabsteine nachfolgendes Rundschreiben gerichtet: „Seit einer Reihe von Jahren fühlt sich die heimische Steinindustrie, insbesondere die steinbearbeitende Industrie (Schleiferei), in hohem Maße dadurch beeinträchtigt, daß eine Anzahl von Friedhofsverwaltungen in ihren Bestimmungen die Zulassung geschliffener, polierter Grabsteine verhindert oder zum mindesten außerordentlich erschwert. Wir erinnern in dieser Beziehung an die verschiedenen, zum Teil auch in der Presse behandelten Eingaben des Verbandes Deutscher Granitwerke, des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands an die verschiedenen Reichs- und Landesbehörden, in denen immer wieder zum Ausdruck gekommen ist, daß die Unterbindung der Aufstellung polierter Stein- und Granitdenkmäler auf den Friedhöfen einen in Deutschland weit verbreiteten Gewerbezweig in seiner Lebensfähigkeit auf das bedenklichste bedrohen muß, weil gerade die Herstellung geschliffener, polierter Grabsteine den größten Teil des Tätigkeitsbereichs der Steinschleifereiindustrie umfaßt.“

Von einzelnen Friedhofsverwaltungen ist zur Begründung ihres ablehnenden Standpunktes auf die angebliche Beeinträchtigung des künstlerischen Gesamteindrucks auf dem Friedhofe mit der Begründung hingewiesen worden, daß „polierte Flächen durch ihren aufdringlichen Glanz ungesund wirken.“ Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Ansicht stets und an allen Orten richtig ist. Anerkennung verlangt aber die hinlänglich bekannte Tatsache, daß der Geschmack sehr verschiedenes ist, und daß diejenigen, die ein von dieser Ansicht abweichendes Geschmackempfinden haben, eine solche Bestimmung als unzulässig empfinden.

Ganz abgesehen hiervon muß weiterhin betont werden, daß derartige Vorschriften in den Friedhofsordnungen die billigerweise zu fordernde Rücksichtnahme auf das Wirtschaftsleben so gut wie ganz vermissen lassen. Dies ist aber gerade derjenige Umstand, der uns als geistlich berufene Vertretungsgesellschaft von Handel und Industrie Veranlassung gibt, mit diesem Schreiben an die Friedhofsverwaltungen heranzutreten. Unsere Kammer hat sich vor einiger Zeit einstimmig dahin ausgesprochen, daß sie es nicht für richtig hält, wenn bei Aufstellung von Friedhofsordnungen des vorbestimmten Inhalts die Auswirkung der Vorschriften auf das Wirtschaftsleben offenbar so gut wie ganz außer acht gelassen wird. Es ist klar, daß die Arbeitslosigkeit für die Steinschleifereiindustrie durch einschränkende Maßnahmen der vorbestimmten Art erheblich verringert wird. Dies ist aber gerade in gegenwärtiger Zeit und in naher Zukunft unerwünscht, weil das Interesse des Wiedererstarbens unseres Wirtschaftslebens es notwendig macht, jede Arbeitsmöglichkeit voll auszunutzen und jedes ehrbare Gewerbe in seiner Lebensfähigkeit zu stützen.

Für den Fall, daß auch in den dortigen Vorschriften Bestimmungen der vorbestimmten Art enthalten sein sollten, empfiehlt die Kammer, deren Veränderung in Erwägung zu ziehen und zum mindesten geschliffene, polierte Grabdenkmäler aus heimischen Gestein zur Aufstellung zuzulassen.“

## Arbeitslosenzählung

Von 506 Zahlstellen beteiligten sich an der Arbeitslosenzählung im April 273. Die Zahl der Arbeitslosen betrug 89, davon entfielen allein auf die Zahlstelle Berlin 52, auf Trossenfurt 6 und Hamburg 5. Die übrigen verteilten sich auf weitere 18 Orte. Verkürzte Arbeitszeit war nicht zu verzeichnen, so daß die Konjunktur in der Steinindustrie zur Zeit als eine gute anzusehen ist.

Für den Monat Mai ist eine graue Zählkarte einzujenden. Die Melde- oder Zählkarten dürfen nicht als Drucksache frankiert werden, sondern eine jede geschriebene Postkarte mit 1.25 M.

Die Münchener Gewerbechau wurde am 13. Mai eröffnet; nach vorliegenden Mitteilungen scheint auf dieser Ausstellung die Natursteinindustrie gut vertreten, besonders der Friedhofskunst ist große Aufmerksamkeit geschenkt. „Das Grabmal soll in zwei unter der künstlerischen Leitung von Stadtbaurat Hötzner-München angelegten Friedhöfen gezeigt werden, die im Zusammenhang mit der Abteilung für „Religiöse Kunst“ stehen. Der größere Friedhofsteil liegt im Westen des Kirchenbaues und ist sowohl von diesem wie auch von der Halle 1 aus zugänglich. An der schmaleren Spitze ist, von Bäumen flankiert, ein Friedhofportal mit farbigen Figurenschmuck eingepaßt; eine Mauer schließt den Platz gegen außen ab, der durch Einfügung einer kleinen Böschung in zwei Teile geteilt ist. Baum- schmuck soll den Eindruck heben. Die Denkmäler haben als Hintergrund und Heden, soweit sie nicht an die angrenzenden Mauern und Wände gestellt sind.“

In mannigfacher Gestalt soll das Grabdenkmal gezeigt sein. Gesellschaften und Vereinigungen für Grabmalerei stellen neben Eingelassenen aus Stein, Holz, Eisen und Bronze; künstlerisch aufgefaßt, materialgerecht sollen die Schönheiten des deutschen Granitmaterials vor Augen geführt sein, Denkmäler, die den Ertrag für jene aufbringlichen, glänzenden, polierten Steine, die so allgemein und faßlich bekannt sind, bilden sollen.“

**Gewerkschaftliches.** Nach Notizen in der Tagespresse sind alle Kämpfe in der süddeutschen Metallindustrie auf dem Verhandlungswege beendet worden.

**Einkommensteuer.** Der Zentralverband der Angestellten hat an das Reichsfinanzministerium eine Eingabe gerichtet, in der er darauf hinweist, daß durch die fortschreitende Geldentwertung eine sofortige Milderung des Einkommensteuergesetzes notwendig geworden ist. In dieser Eingabe wird vor allen Dingen gefordert, daß die Grenze für den 10prozentigen Steuerabzug von 50 000 auf 100 000 M. erhöht wird. Des weiteren wird eine sozial gerechtere Staffelung der Einkommenssummen zum Einkommensteuergesetz verlangt. Weiter schlägt der Zentralverband vor, die steuerfreien Abzüge für den Steuerpflichtigen sowie für die Werbungskosten zu verdoppeln. — Abschritt der Eingabe ist dem Reichstage zur Stellungnahme zugegangen.

Der Zentralverband der Angestellten, die fühl-

rende Gewerkschaft in der modernen Angestelltenbewegung, begehrt am 7. Juni sein 25jähriges Jubiläum. Aus kleinen Anfängen heraus, ist er durch intensive Arbeit für die Handlungsgesellschaften zu dem geworden, was er heute ist. Der Boden, den die Angestelltenbewegung zu beackern hatte, war schwerer als der, den die Arbeiterbewegung zu bezwingen hatte.

Aus Anlaß des Jubiläums wurde vom Verbandsvorstand eine reich illustrierte Festschrift herausgegeben. Sie enthält Beiträge von führenden Kollegen des Verbandes und gibt Aufschluß über die bisherige Entwicklung, die der Zentralverband der Angestellten genossen hat.

Die Arbeiter- und Angestelltenbewegung haben in den letzten Jahren zu Genüge bewiesen, daß sie sehr oft gemeinsame Interessen zu vertreten haben. Durch geeinte Kraft ist es gelungen, für beide Kategorien auf dem Gebiete der Sozialpolitik und in Lohn- und Tarifkämpfen das Mögliche herauszuholen. Möge das innige Band, das zwischen den Hand- und Kopparbeitern besteht, weiter gefestigt werden. Der Zentralverband der Angestellten ist die alleinige Organisation, die die Interessen der Handlungsgesellschaften und Bureauangestellten voll und ganz vertritt und die nicht durch Rücksichtnahme auf Arbeitgeber-Mitglieder geleitet wird. Wir wünschen der freien Angestelltenbewegung, besonders dem Zentralverband der Angestellten, für die Zukunft ein weiteres Blühen und Gedeihen zu Nutz und Frommen der ganzen Arbeitnehmerklasse.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Folgende Zahlstellen haben bis zum 23. Mai die Abrechnungen des 1. Quartals noch nicht eingeleitet:

1. Gau: Gollnow. 2. Gau: Landed. 4. Gau: Münchhausen, Volkmarfen. 5. Gau: Neanderthal, Steeben, Wülfrath. 6. Gau: Schweisweiler. 9. Gau: Weilmünster.

## Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**Übcejün.** Das Mitgliedsbuch Nr. 20414 auf den Namen Friedrich Keneberg ausgestellt, wurde entwendet. Vermutlich reißt der Schmied Heinrich Kreiner damit, sollte es vorgezeigt werden, wird gebeten, das Buch abzunehmen, damit Mißbrauch verhindert wird. L. Gödicke, Raff.

## Adressenänderungen.

1. Gau. Oldenburg. Vorj.: Paul Wandfcher, Lindenstr. 49.

4. Gau. Gasserode. Vorj.: Hermann Möbius, Amtsfeldstraße 38. Raff.: Adolf Schneebogt, Infel Nr. 9.

6. Gau. Altleiningen, Pfalz. Vorj.: Wilhelm Matheis, Carlsberg. Raff.: Joh. Armbrust, Carlsberg.

Freudenstein. Vorj.: Herm. Sagmaier.

8. Gau. Gohmannsdorf. Vorj.: Anton Düll, Gaus Nr. 146.

9. Gau. Dreihausen bei Marburg a. d. Lahn. Vorj.: Ludwig Schäfer. Lauterbach (Sachsen). Vorj.: Johs. Keil, Büschenroder Straße.

## Briefkasten.

K. u. S. in D. In der Streitfrage sind beide Teile zum Wort gekommen und damit ist für die Redaktion die Sache erledigt, zumal auch der Anlaß (Verbandstag) vorüber ist. Der Streit über die Abstimmung auf der Konferenz kann nicht im „Steinarbeiter“ ausgetragen werden, sondern nur gelegentlich auf einer nächsten Konferenz oder noch besser durch eine Beteiligung an einer Zahlstellenversammlung haben wie drüben.

Fürsteneck. Im Hauptbureau liegt keine Mitteilung vor, auch der Redaktion wurde nichts übermittelt, das Versehen scheint also anderwärts begangen.

## Berjammlungs-Anzeige.

Sonntaa, 11. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Sternensfels, Gasthaus zum Lamm Bezirksversammlung für die Zahlstellen: Mühlbach, Sulzfeld, Rürnberg, Maulbronn, Freudenstein, Verdingen, Ohnsburg und Pfaffenhofen. Tagesordnung: Bericht vom Verbandstag-Beipzig.

## Anzeigen

**Diegler's Schriftenselbstmehrer**  
Sieben (Sachsen), Bisher Straße 37  
Lehr- und Schriftenselbster 50 Mark.

**Wohrs Steinhausbürsteln, Rehbahn-Steinhausbürsteln.**  
Zur Ausnutzung der hohen Portokosten ist die Bestellung eines größeren Quantums zu empfehlen (Zahlstellenkaufsteuer) beim Kol.

**Georg Wehr, Steinmetz, Neustadt a. Rhod. (Bayern).**

**Tüchtige Maschinen- und Handschleifer** finden bei hohem Lohn vor sofortiger Aufstellung. Wenn letztere mit dem Ritten buntfarbiger Marmororten gut vertraut sind, werden solche bevorzugt.  
Heilmann & A. Brossard, Marmorwerk, Osnabrück.

In unserem Steinbruch Raunmünzsch (Murgtal) 5 Minuten vom Bahnhof entfernt können für 10-15 Steinhauser, 5 tüchtige Spalter, 1 Werkzeugschmied.  
Bekäftigung in der Steinbruch-Kantline. Schwarzwälder Granitwerke C. Kiedert, Bühl i. Baden.  
Persfekt und selbständig arbeitender **Kunststein- u. Terrazzoarbeit.** sofort gegen hohen Lohn gesucht.  
Hugo Meier, Detmold, Paulinenstraße 2.

**Steinmetzen** auf Neßlberger Sandstein (Bauarbeit) für dauernde Arbeit gesucht.  
Fritz Schneberg, Altenhagen i. Springe

**Steinmetzen, 2 Brecher, 2 Ripper** stellt gegen hohen Lohn sofort ein  
Grottenburger Sandsteinbrüche, Karl Meier & Sohn, Detmold i. Lippe.  
Tüchtiger Vorarbeiter für Terrazzoarbeiten in Kunststein- und Marmororten mit zunächst 2-4 erfahrenen zur Aufrechterhaltung u. Wiederinbetriebsetzung der Aufrechterhaltung in Oberbesen gesucht. Eing. unt. „G. S.“ an die Schriftleitung.

**Sandsteinmetz** mit Erfahrungen in Terrazzoarbeiten in dauernde Stellung gesucht. Anfragen mit Lohnanprüchen an Kretschmer, Bildhauer, Meseritz (Greunm.).  
Steinmetzen auf Bau u. Denkmalarbeit 2 Spezialaufträge, Bezahlung nach Ueberlieferung. Detaillierter Tarif, stellt sofort ein  
Erwin Küffel, Königsbrück (Sachsen).

Unserem lieben Kollegen Herrn **Heinrich Vogtländer** zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma **H. Ostelshofen & Co.** in Dornap-Hahnenfurth die besten Glück- und Segenswünsche  
Zahlstelle Hahnenfurth.

## Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)

In **Fürsteneck** am 29. März der Plastersteinmacher **Georg Kölbl**, 39 Jahre alt, Herzlähmung.

In **Mühlbach** am 15. Mai der Sandsteinmetz **Konrad Neubrand**, 51 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Nürnberg** am 15. Mai der Steinmetz **Christoph Hertel**, 69 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Raunmünzsch** am 16. Mai der Brecher **Caron Julian**, 57 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Steinbach** am 16. Mai der Griffelmacher **Gottl. Weigelt**, 47 Jahre alt; am 18. Mai der Griffelmacher **Viktor Vanghammer**, 45 Jahre alt, beide an Lungentuberkulose; am 18. Mai der Brucharbeiter **Richard Wohlleben**, 18 Jahre alt, Herzleiden.

Chre ihrem Andenken!  
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.